

Besuchsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-293
Tel.-Wahl: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Berlag und Anzeigenabteilung Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vormüders-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Der unschuldige Schiele.

Was ein Minister des Innern nicht zu wissen braucht.

Herr Stresemann fordert von den Deutschnationalen ein Vertrauensvotum. Er will sie zwingen, aus ihrer unklaren Haltung gegenüber der Verantwortlichkeit für die Außenpolitik herauszutreten.

Die Parteien, die hinter der Regierung Luther stehen, werden vor allem die Gelegenheit ergreifen müssen, um zu sagen, ob sie die bisherige Politik weiter vertreten wollen oder nicht.

Der Inhalt der Vertrauensfrage ist damit gegeben. Die Deutschnationalen werden Herrn Stresemann das geforderte Vertrauensvotum geben.

Ohne Zweifel erfordert das nationale Interesse Deutschlands, daß gerade die Deutschnationalen bei der weiteren Entwicklung unseres Verhältnisses zum Feindbund (Völkerbund, Sicherheitsfrage, Entwaffnung) ein gewichtiges Wort mitzusprechen haben.

Wenn die Deutschnationalen in der Regierung bleiben wollen, müssen sie durch die positive Abstimmung beim Vertrauensvotum für Stresemann die Verantwortung für die bisherige Politik übernehmen.

1. Im März hat sich ein Ministerrat mit der Frage des Sicherheitspaktes beschäftigt. Gegen die deutschnationalen Ablehnungsversuche erklärt die „Rationalliberale Korrespondenz“:

„Es ist immer besser, seinen Anhängern in voller Ehrlichkeit und Offenheit zu sagen, wie die Dinge liegen, als sie durch diplomatische Wendungen beruhigen zu wollen.“

2. Am 15. März hat Herr Stresemann im Reichsrat ausführlich über den Sicherheitsvorschlag berichtet.

3. Am 18. Mai erklärte Herr Stresemann in offener Plenarsitzung des Reichstags: „Die Grundgedanken und die Grenzen, bis zu denen Deutschland zu gehen bereit war, ergeben sich aus den Darlegungen unserer Botschafter.“

Trotzdem schreibt Herr Schiele am 25. Mai, er kenne „auch heute noch nicht den Inhalt des Memorandums“.

4. In derselben Plenarsitzung vom 18. Mai trug Herr Stresemann die Grundgedanken des Memorandums vor.

Aber Herr Schiele kannte am 25. Mai den Inhalt des Memorandums noch nicht. Herr Schiele ist Reichsinnenminister. Glaubt man den Inhalt seines Briefes vom 25. Mai nicht, so ist das Beleidigung.

Herr Schiele muß den politischen Brief vom 25. Mai in eigenartiger Geistesverfassung abgefaßt haben. Für so spezielle politische Briefe gibt es keine Vorlagen.

Der Linksruck in Holland.

Amsterdam, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Bis Mitternacht waren 1,5 Millionen Stimmen gezählt, bei insgesamt 3 Millionen Wahlberechtigten.

Neuer Lire-Sturz.

Genf, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Genfer Börsen notierte am Mittwoch 100 italienische Lire mit 17,60 Schweizer Franken.

Das neue Luftfahrtdekret.

Was Professor Junkers davon meint. Der weltberühmte deutsche Flugzeugkonstrukteur, Professor Junkers in Dessau, übermittelt der „Telegraphen-Union“ seine Stellungnahme zu der Luftfahrtnote der Botschafterkonferenz.

General de Bonos Freispruch.

Eine Niederlage des Faschismus. Rom, Ende Juni.

Der Beschluß der Untersuchungskommission des Senats, wegen der gegen den einstigen Generaldirektor der Polizei De Bono erhobenen Anklagen das Hauptverfahren nicht zu eröffnen, kommt niemand überraschend.

Vor dem Obersten Gerichtshof sind gegen Emilio De Bono, Mitglied des Senats, die nachstehenden Anklagen erhoben worden:

- 1. Einer unter dem Namen Tscheta bekannten verbrecherischen Vereinigung angehört zu haben, der zahlreiche Verbrechen gegen die persönliche Sicherheit und das Leben zur Last gelegt werden.
2. Es geduldet zu haben, daß übelbeseumdete Frauenpersonen (donne facciendiere) im Palais Mininale und in den Bureaus der obersten Polizeidirektion aus- und eingingen, um sich mit Geschäften zu befassen, an denen der General De Bono nicht unbeteiligt war.
3. Die Regulierung des Hazardspieles seinen Interessen untergeordnet zu haben.
4. Die Summe von 480 000 Lire als Gewinnanteil für die Veräußerung von Kriegsmaterialien empfangen zu haben.
5. Es verhindert zu haben, daß weiteres Kriegsmaterial auf dem rechtmäßigen Wege der öffentlichen Versteigerung verkauft wurde, zu dem Zweck, dieses Material durch seinen Vertreter auf Grund eines privaten Vertrages aufzukaufen.
6. Sich durch den Verkauf von Waffen und Munition des Kriegsministeriums an die litauische Regierung bereichert zu haben.
7. Durch eine Mittelsperson die Hotels von Balambrona angekauft zu haben, um dort ein großes Spielfeld zu errichten.
8. Durch die von ihm gegründete und geleitete Cooperative unter Offizieren zur Disposition Geschäfte gemacht zu haben, die mit seiner Stellung unvereinbar waren.
9. Den Ueberfall gegen den Abg. Amendola organisiert und geleitet und dessen Ausführer der gesetzlichen Ahndung entzogen zu haben.
10. Die Angreifer des Abg. Forni der Verhaftung entzogen und sich an der geschwindigen Beschlagnahme von Dokumenten beteiligt zu haben.
11. Bei der Entsendung einer Schaar faschistischer Milizleute nach Ferrara, die den Auftrag hatten, die dortigen Dissidenten zu bestrafen, gewußt zu haben, ohne die Unternehmung zu verhindern.
12. Die Anzeigen der angebrohten und vollendeten Verbrechen gegen den Abg. Benni und den Erzpriester von Argenta unbeachtet gelassen zu haben.
13. Einer der für die Ermordung Matteottis Verantwortlichen zu sein, weil er die Vorbereitung des Verbrechens gefasst hat, ohne es zu verhindern.
14. Den an demselben Verbrechen Schuldigen beigegeben zu haben, indem er ihre Flucht zu erleichtern und die für die Justiz wichtigen Spuren der Tat zu verdecken und zu vernichten suchte.
15. Versucht zu haben, den hauptsächlichen Angreifer des Abg. Misuri der Justiz vorzuenthalten.
16. Amerigo Damiani einen Paß unter dem falschen Namen Gino Bianchi und unter falschem Datum geliefert zu haben.

Das Urteil lautet: „In Gemäßheit der Paragraphen 37 der Verfassung, 17, 18 und 56 des Gerichtsreglements des Senats beschließt die permanente Voruntersuchungskommission des obersten Gerichtshofes, das Hauptverfahren gegen den Senator Emilio De Bono nicht zu eröffnen: 1. Weil die unter Nr. 1, 3, 5, 6 und 7 zur Last gelegten Umstände nicht vorliegen. 2. Weil er an den unter 11 und 13 angezeigten Handlungen nicht beteiligt war. 3. Weil die unter 2, 4, 8 und 12 angezeigten Handlungen nicht strafbar sind. 4. Weil in der unter Nr. 10 angezeigten Handlung die zuständige Gerichtsbehörde die Einstellung des Hauptverfahrens verfügt hat. 5. Weil die unter Nr. 9, 14, 15 und 16 angezeigten Handlungen nicht harteilend bewiesen sind.“

Darauf erklärte freilich der italienische Chefsdelegierte — soweit reichten seine Instruktionen nicht, er müsse sich erst neue von Rom holen.

Der verfolgte des „Corriere della Sera“. Mailand, 2. Juli. (E.P.) Der verantwortliche Direktor des „Corriere della Sera“ Alberto Albertini, ein Bruder des Senators Albertini, ist vom Präsesien von Mailand in aller Form verwahrt worden.

Der Führer des Kurdenaufstandes Hingerichtet. Scheich Said, der Führer der aufständischen Kurden, ist in Anwesenheit einer ungeheuren Volksmenge gehängt worden.

Stabilisierung durch Rizinus? Genf, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Genfer Börsen notierte am Mittwoch 100 italienische Lire mit 17,60 Schweizer Franken.

Rom, 2. Juli. (W.Z.) Die Lire hat heute neuerlich einen starken Rückgang erlitten. Der französische Franken gestiegen 128, stieg auf 130,5, das Pfund von 137 auf 143, der Dollar von 28,3 auf 29,37.

Der neueste Virausbruch dürfte einfach die Folge des amerikanischen Drucks sein, der verlangt, daß Italien anfangs, seine Kriegsschulden zu zahlen.

erst, daß er die Mörder Matteotti der Justiz zu entziehen und die Beweise des Verbrechens zu vernichten gesucht hat; auch die Beschuldigung der Angreifer Duris und die Ausstellung des falschen Passes hat man nicht genügend beweisen können. Dabei war der Mann, dem man diese Dinge zur Last legt, in leitender Regierungsstelle, hatte also alle Mittel, jedes Belastungsmaterial gegen sich sofort zu vernichten. Wer gegen ihn zeugen konnte, waren seine Angehörigen oder seine Mitschuldigen. De Bono besaß also eine Tarnkappe, um sich der Anklage unsichtbar zu machen. Und trotzdem hat man der Einstellung des Hauptverfahrens nicht die Form eines moralischen Freispruchs geben können. Der Generaldirektor der italienischen Polizei steht heute wie gestern unter dem Verdacht, den Mörder Matteotti bei dem Versuch, sich der Justiz zu entziehen, Beistand geleistet zu haben.

Daß der Dumini ausgestellte Pass falsch war, auf Befehl der Generaldirektion der Polizei ausgestellt wurde, daß sein Datum gefälscht war, gibt die Urteilsbegründung offen zu. Daß der Angreifer des Abgeordneten Risuri, der diesen auf dem Corso in Rom, bei seiner Rückkehr aus der Kammer überfiel und schwer verwundete, von einem Polizeikommissar einem Offizier der Miliz übergeben wurde — der Angreifer selbst war Offizier der Miliz — und durch eine rein formale Festungshaft dem Untersuchungsgefängnis in geschwinder Weise entzogen wurde, ist auch deutlich gesagt. Als der Abg. Benni, von der katholischen Volkspartei, der sich bedroht wußte sich an den Generaldirektor der Polizei um den ihm zustehenden Schutz wendete, antwortete ihm De Bono, er möge ruhig sein, „diesmal würde nichts daraus“, eine Rede, die die Urteilsbegründung bezeichnet als „nicht ganz jener Würde angemessen, die den Kundgebungen öffentlicher Meinung nicht fehlen sollte“. Daß De Bono den Koffer Dumini wehrlos durchsah, ohne Zeugen, und also die Möglichkeit hatte, ihm Dokumente oder andere Beweismittel zu entnehmen, gilt der Kommission als feststehend und wird beklagt, wie die unklare Begrenzung des Kompetenzbereichs zwischen Polizeidirektion und Milizdirektion, wie die mangelhafte Vorbildung De Bonos für sein Amt. Die Entfernung des Polizeiführers, der Matteotti bewachen sollte, kurz vor dem Attentat, wird als ein Mißverständnis der lokalen Polizeibehörde gebrandet. Wenn De Bono von dem Morde wußte, ehe die Familie das Verschwinden gemeldet hatte, so wird das auf ein Telefongespräch mit Acerbo zurückgeführt, während die Polizeibehörde die falsche Erklärung gegeben hatte, die Witwe des Ermordeten hätte sich an die Generaldirektion der Polizei gewendet.

Ohne weiter in all dem Unrat zu wühlen, ist es wichtig, sich klar zu machen, daß der Mann, der angeklagt war und vor dem Gewissen der ganzen Welt auch heute nicht freigesprochen ist, alle Mittel hatte, sich rein zu waschen. Die Finzi, Acerbo und all diese braven Leute haben für ihn gezeugt, auf entsprechenden Gegendienst hoffend; seine Beamten haben nicht gegen ihn zeugen können. Er hatte Monate Zeit, um alle Dokumente zu dressieren. Trotzdem schließt der Freispruch, auch wenn er einstimmig ausgesprochen wäre, statt mit geringer Reue, falsch, wenn auch nicht rechtlich den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte ein. Gar mancher würde eine Zuchthausstrafe nicht gegen solchen Freispruch eintauschen.

Der Mann, der die Anzeige erhoben hat, Dr. Donati, ist in Frankreich, um die faschistische Justiz zu entgehen. De Bono soll, wie es heißt, Gouverneur in Somali werden. Auf dem jüngsten faschistischen Kongress hat man Amnestie für die Faschisten gefordert, „die nur die eine Schuld haben, gegen Leute gebandelt zu haben, die das Vaterland entehren“. Und Farinacci hat dem Fordernden geantwortet: „Man darf nicht vergessen, daß wir zu diesem Kongress und zu dieser Einmütigkeit gekommen sind, dank unserem Tun, aber auch dank denen, die wenn sie fehlten, dies aus zu großem Glauben und zu großer Liebe für unsere Sache getan haben... Heute, im faschistischen Italien, muß man aus der niederträchtigen Spekulation heraus, die die faschistische Ge-

fangenen mit denselben Maßes messen will, wie die anderen“. Man hat die Freiheit, eine Amnestie für den 25. Jahrestag der Kronbesteuerung zu fordern. Und das heute, wo man die öffentliche Meinung des Auslandes nicht auf allzu schwere Belastungsproben stellen sollte, wegen der Regelung der Kriegsschulden. Gewiß, eine zweite Ehrenrettung à la De Bono dürfte das Regime kaum noch tragen. Aber es deshalb mit einer Amnestie zu wagen, bedeutet eine Antastung des guten Namens Italiens. Gerade in diesen Tagen wird man gewahr, daß ein moderner Staat einem gewissen Mindestmaß von sittlichen Forderungen entsprechen muß, wenn er nicht mit dem Vertrauen der eigenen Bürger das des Auslandes einbüßen und damit die Grundlage seiner materiellen Existenz gefährden will.

Deutschnationale Parteiangelegenheiten.

Saverranz und die „Deutschnationale Tagespost“.

Da Herr Saverranz sich über unbequeme Fragen in der Öffentlichkeit ausschweigt und auf die Fragen des Staatsanwalts variiert, hat Herr Christian Max Rosenthal, zweiter Vorsitzender der deutschnationalen Parteiorganisation im Kreis VI Berlin ihm offenbar die Arbeit abnehmen wollen. Herr Saverranz wird von dieser Arbeitsteilung keine Freude haben; denn Herr Rosenthal schreibt in der „Deutschnationalen Tagespost“:

„In Nr. 303 des Blattes wird der „Vorwärts“ etwas dreister und will Herrn Saverranz anhängen, er habe geschäftlich mit der „Deutschnationalen Tagespost“ etwas zu tun. Der „Vorwärts“ weiß aber ganz genau, wozu es an dem so wäre, daß Herr Saverranz sich dann einer strafbaren Handlung schuldig machen würde.“

Bis heute haben wir uns der Neugründung der „Deutschnationalen Tagespost“ gegenüber neutral verhalten, aber dadurch, daß uns Lesern der „Nationalpost“ täglich eine Unmenge Zeitungen zugesandt wurden, die nicht auf unserem parteipolitischen Boden stehen, warne ich vor einer gewissen Zeitung und rate daher heute unter allen Umständen, die „Deutschnationale Tagespost“ zu bestellen, damit ihr genügend Abonnenten zufallen und sie lebensfähig gestaltet wird.“

Herr Saverranz hat also „geschäftlich“ mit der „Deutschnationalen Tagespost“ nichts zu tun, aus juristischen Gründen. Man darf aber aus der Rosenthal-Klame schließen, daß sie sein Organ ist.

Das ist um so interessanter, als der deutschnationale Parteivorstand eben erst offiziell von der „Deutschnationalen Tagespost“ abgerückt ist. Es fragt sich nun, wer mit der „gewissen Zeitung“ gemeint ist, vor der Herr Rosenthal warnt. Ist es die „Deutsche Zeitung“, die nach der Pleite der „Nationalpost“ den Abonnenten zugestellt wurde? Ist es das offizielle deutschnationale „Nachrichtenblatt“?

Kein Tag ohne Schwindel.

Ein Märchen über die Allgemeine Ortskrankenkasse.

Die „neue Taktik“ der Kommunisten besteht darin, auf sozialdemokratische Arbeiter, die gegen den Brotwucher protestieren, mit Gummiknütteln loszugehen und jeden Tag einen neuen Schwindel gegen die Sozialdemokratie auszuhäuten.

Heute berichtet die „Rote Fahne“ unter der Überschrift: „Die verführte SPD“, die sozialdemokratische Führerkategorie beabsichtige, „den berühmten Gustav Bauer“ zum Direktor der Allgemeinen Ortskrankenkasse mit 16000 M. Gehalt zu machen, damit er „mit dem Gelde der Berliner Arbeiterschaft nach Herzenslust wirtschaften“ könne. Zu diesem Zwecke solle Direktor Albert Cohn in den Ruhestand versetzt werden. Die sozialdemokratischen Arbeiter werden Johann — dies übliche, schon auf Vorrat gekochte Schlussformel — aufgefordert, „aus diesem neuen Skandal die unvermeidliche Konsequenz zu ziehen und der SPD. scheinungstun den Rücken zu kehren.“

Direktor Albert Cohn, der nach der „Roten Fahne“ als Hindernis für die geheimen Pläne der verruchten SPD. beseitigt und

in den Ruhestand versetzt werden soll, befindet sich bereits seit dem 1. April im Ruhestande. Der Posten, den die sozialdemokratische Führerkategorie angeblich dem Genossen Gustav Bauer zuschlagen will, ist seit dem 1. April bereits besetzt, und zwar durch den Direktor Julius Cohn. Der stellvertretende Direktor aber heißt Karl Bauer.

Die „Rote Fahne“, dieses herorrangende „Arbeiterblatt“, ist über diese für Arbeiter immerhin wichtigen Angelegenheiten so wenig unterrichtet, daß sie zwischen Albert und Julius, Karl und Gustav nicht zu unterscheiden weiß. Sie hat im Zusammenhang mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse den Namen Bauer gehört — und das genügt ihr vollkommen zu einer neuen Hege.

Was ist nun die Moral von der Geschichte? Müßen die Arbeiter der Sozialdemokratie den Rücken kehren? Oder tun nicht die Leser der „Roten Fahne“ besser, sich von einem Blatt abzumenden, das sie täglich beleidigt, indem es ihnen zumutet, die plumpestn Lügen zu glauben?

Neue Verhandlungen mit Spanien.

Man will Abänderung des Vertrages.

Nach der Ratifikation des deutsch-spanischen Handelsvertrages am 21. Juni ist entsprechend den bei Beratung des Vertrages im Reichstag abgegebenen Erklärungen an die spanische Regierung des Erfordernisses einer sofortigen neuen Verhandlungen zur Abänderung der im Reichstag beanstandeten Bestimmungen gerichtet worden. Die spanische Regierung hat sich, wie nunmehr amtlich mitgeteilt wird, zu solchen Verhandlungen bereit erklärt. Heute mittags ist nunmehr eine deutsche Delegation zur Aufnahme dieser Verhandlungen abgereist. Sie setzt sich zusammen aus Vertretern der beteiligten Ministerien unter Führung des früheren bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Berchthold. Einige Vertreter des Weinbaues und des Weinhandels schließen sich der Delegation als Sachverständige an.

Ein Unfall des Ernährungsministers.

Ranig bettlägerig und an den Zollberatungen verhindert.

Reichsminister Graf Ranig hat sich beim Reiten eine schmerzhafteste Verletzung des linken Hüftgelenks zugezogen, die ihn ans Bett fesselt. Die behandelnden Ärzte hoffen jedoch, ihn naturgemäß soweit wiederherzustellen, daß er in der nächsten Woche an den Zollberatungen des Reichstags wieder teilnehmen kann, worauf der Minister den größten Wert legt.

Die Untersuchung der Postkredite.

Der Reichstagsuntersuchungsausschuss tagt bis Weihnachten.

In der heutigen Sitzung des Untersuchungsausschusses des Reichstages richtete der Vorsitzende Abg. Saenger (Soz.) einen eindringlichen Appell an die Ausschussmitglieder, dessen Berechtigung nicht bestritten werden kann. Er stellte fest, daß die Sitzungen des Ausschusses in der letzten Zeit schlecht besucht worden seien, eine Reihe von Abgeordneten hätte gefehlt, außerdem sei ein fortwährender Wechsel unter den Mitgliedern vorgenommen worden. Heute seien von 21 Mitgliedern des Ausschusses im ganzen 12 eingetroffen. Dieser Zustand bedeute eine Herabsetzung der Aufgaben des Untersuchungsausschusses und eine Verkümmung der von seinen Mitgliedern zu erfüllenden Pflichten. Der Sachverhalt habe der Untersuchungsausschuss die Pflichten eines ordentlichen Gerichtes wahrzunehmen. Es sei unmöglich, in den Sitzungen selbst zu sehen und dann am Ende der Beratungen über die Ehre von Ranigs ein Urteil zu fällen. Er richte an die Mitglieder der Fraktion das Ersuchen, die Bitte nach besserem Besuch der Sitzungen zu übermitteln.

Zu diesen Ausführungen, die sämtliche Fraktionen treffen sollten, kann festgestellt werden, daß die sozialdemokratische Fraktion in der Regel vollständig vertreten war; wenn gestern und heute das eine oder andere sozialdemokratische Mitglied des Ausschusses fehlte, so erklärte sich das daraus, daß sie zu gleicher Zeit die Sitzungen des Auswärtigen, des Steuerausschusses oder des Sozialpolitischen Ausschusses wahrzunehmen hatten. Man muß aber weiter feststellen, daß die kommunistische Fraktion in diesen Tagen überhaupt nicht vertreten war, offenbar

Der Stern von Assuan.

Aufführung in der Kroll-Oper.

In der Sommerhitze werden die Abende lang. Das wußten wir schon vor der gestrigen Aufführung. Daß aber Unterhaltung am Abend vier geschlagene Stunden dauert mit dem Anspruch, kurzweilig zu sein, das war noch nicht da. Auch die Akte, die Szenen, die Utensilien, die Tänze werden lang, länger, endlos lang; drücken wir uns, um mit Arno, dem guten Stern des Abends zu reden, präzis aus: Die Sache ist vertensell langweilig. Sie selber nennt sich Operette. Zur Operette fehlt dem Stück (Montomais und Roberts) das Tempo, die innere Lustigkeit, das Unkomplizierte, der Schmuck, die Fröhlichkeit, das Tänzerische. Jeden Augenblick wird irgendeine Erinnerung an alte Opern wach, etwa an „Mignon“, an „Tiefstand“, an die „Jüdin“. Dantelheiten (auch solche der Vergangenheit) sind gut, Verwicklungen sind gut, Liebeskreuzliedchen sind gut. Aber alles in jedem Akt doppelt und dreifach unterfischen, das ist nicht gut. Um ohne Siegfried Arno wieder präzis zu werden: „Der bis an das Ende verharret, der wird gesegnet.“ Eine kurze Inhaltsangabe findet der Besucher im Programmheft auf drei Seiten klar und umständlich hergeseigt. 107 gedruckte Seiten. So verrate ich nur, daß es sehr lange dauert, bis man entbeht oder erfährt: a) der Lord ist in höchster Schweregelegenheit und pumpt; b) des Wädhers Pflanzelochter ist ein ägyptisches Mädchen; c) der Prinz von Kgypten liebt sie, bejähnt sie, polstet sie, beletet sie an, wird sie heiraten; d) selbiger Prinz soll diplomatisch an des Lords legitime Tochter verknüpft werden; e) Wädh ist das natürliche Kind des Lords; f) sie wird zur Künstlerin durch die Reklame Hannibals, des Imprefarios, gemacht; g) der Prinz gibt das Geld zu ihrer Robe ganz geheim; h) er verrät dies Geheimnis und trinkt die Pseudofäulniserin; dafür verrät f) Hannibal (ausgerechnet Arno) die dumme Vaterhaft des Lords. Und so fort das ganze Alphabet durch. Präzis gesagt: langweilig, oder doch nicht operettenhaft. Eher ein Film mit Gartenlaubentönen, Stützengedanken, trampelhaften Versuchen zu originaler Wichtigkeit. Die sentimentalischen Szenen wiederholen sich sehr oft, die spazieren schon weniger. Zu diesen gehört die etwas plumpe, aber doch größte Enttötungs- und Verkleidungsszene zweier Männer. Bei Arno haben sich alle Vacher zu bedanken, die für komische Verwicklungen, präzis galizische Redewendungen eines Weltmannes, die für Kanthausbeine und spielerischen Hebermut etwas übrig haben. Wenn er noch einmal zur Welt kommt, wird er sicher ein Tüfsergill. Die sehr temperamentvolle Hanna Gorina kommt nicht aus den heimatlichen Borstadtgebäuden heraus, wofür die Rolle verantwortl. ist; aus dem gleichen Grunde bleibt Mimmi Wessely bloß. Paul Garden, Erich Deutschhaupt (kaum eine echte Operettenliebhaberfigur), Hans Wallner und Erich Bartels taten ihr mögliches, um einen Erfolg der langatmigen Angelegenheit zu erzwingen. Wer eigentlich hat die Operette für Kroll angenommen?

Die Musik Richard Goldbergers ist geladen, ist voll von Feinheiten, ist glänzend, nur durchweg zu viel instrumentiert, sie ist im ganzen weich und süßig in Partitur gezaubert. Die Einfälle sind niemals original, sondern Mißgeschick von Originalen, öfter noch Mißgeschick von Mißgeschick. Die Sentimentalität herrscht vor, das Süße, Weibliche, sehr süchtig Schmachtende. In den Tänzen ist nicht genug

Tempo, Leidenschaft, spezifische Note. Man kennt diese Melodien schon und weiß, wann das erste Krejzendo, der erste Trommelwirbel einsetzen soll, wie der Ton auf den Legt reagiert, wie etwa die Refrains allgemeingültig gestaltet werden. Nichts hastet zwei Stunden, manches (wie ein sanfter Walzer, ein herzhafter Step) so deutlich, daß ein Dakapo nicht wie bestellt scheint. Präzis zu reden: eine anständige, nicht nachhaltige Musik. Guttmann verlorste kaum, vom Pult aus der Musik mehr Sinnlichkeit anzudichten, als ihr von Haus aus zusteht.

Hundstag-Theater.

In der Volksbühne wird Sommertheater gespielt. Roh e u e wird aus der Unsterblichkeit, in die er hineinwandern mußte, obgleich er lieber bei uns drunten geblieben wäre, zurückberufen. Die deutschen Kleinstädter sollen heute lernen, was die Philister von einst mal liebten, was die fortgeschrittenen Leute von heute von sich abschütteln sollen. Diese Lustspielcharaktere ist 100 Jahre alt, aber noch gar nicht von der Sommerhitze sehr mitgenommen. Herr Rest, der Hundstagadirektor in der Volksbühne, hielt es trotzdem für notwendig, die Blumen und Blätter der Vergangenheit von einem Neudichter, dem im Programm genannten Herrn Philipp Benzig, frisch begießen zu lassen. Man flüstert dem Kritiker zu, daß Benzig ein mastelierter Zeitgenosse sei, der sonst ganz erheblich für das Theater und für die Volksbühne dramatisiert. Da nur geflüstert wird, darf das Geheimnis nicht weiter als bis hierher gelüftet werden. Der falsche Benzig hat Rogebue geküßt und geküßt und aus seinem eigenen geschwätzigen Gehirn hingegießt: Schlechtes und Gutes. Daß die Krähwinkler seine kollektive Hoheit den Abgedankten und Langvöll wieder nach Dels zurückgeholt Kronprinzen durch Wenzigs Gnaden wieder erleben würden, haben die guten Leute nicht geträumt. Aber auch der Kritiker findet diesen Posenanmer nicht hübsch und nur gekünstelt. Lustiger ist schon das Tanzcouplet, bei dem sich die Liebenden im Krähwinkler Mondschein abschmagen.

Man soll diese Posse schauspielerisch gut aufmachen und nicht literarisch, taboretistisch verändeln. In der Volksbühne blieb vieles von der Vorbereitungsarbeit auf dem Schreibtisch und dem Intenstisch liegen. Immerhin war Hedwig Wangel die unterhaltigste Großmama von Krähwinkel. Frau Wangel piept vor Bornehmtheit und Güte, obgleich sie doch über die melodischste Stimme verfügt. Diese Frau, Schwester aller Penn- und Beschweistern, spricht von Humoren, sie wiegt sich in Molligkeit, sie zwinkert mit den Augen voller Verschlagenheit und sorgt doch mit Ueberchwänglichkeit für die Kermessen. Dann kommen brave Schauspieler, die sich selbst besser amüsieren als die Beifallsstärker im Parter. Immerhin imponieren Gerhard Ritter und Thea Grodzinsky.

Verfleierter Sklavenhandel in Kamerun.

Vor einiger Zeit wies ein Mitglied der Mandatskommission des Völkerbundes darauf hin, daß in der ehemaligen deutschen Kolonie sich der Brauch, demzufolge die Männer sich ihre Frauen zu kaufen pflegen, zu einem regelrechten verfleierten Sklavenhandel ausgewachsen hat, der noch immer im Juchemen begriffen ist. Die Breite, die für solche „Ehefrauen“, die dem Mann natürlich in erster Linie Arbeitstiere sind,

gezahlt werden, bewegen sich zwischen 2000 bis 5000 Francs; sicher ein Zeichen, daß die glücklichen Gattinnen sich nicht gerade auf die saule Haut legen dürfen. Interessant ist die Mitteilung, daß die zuständigen Behörden, um diesem menschenunwürdigen Handel Einhalt zu tun, sich bemühen, wenigstens — die Höhe der sogenannten „Mitgift“ herabzusetzen.

Einführung von Familiennamen in der Türkei. In türkischen Zeitungen macht man eifrig Propaganda für Einführung von Familien-Namen mit der Begründung, daß die Gewohnheit, den Namen der Kinder den Namen des Vaters zuzufügen, im Laufe der Generationen immer komplizierter geworden sei und bei Behörden und Gerichtsverhandlungen häufig zu den unangenehmsten Verwicklungen und Konflikten führe. So wurden in einem besonderen Fall zehn Emin Ali Bey's für den Defekt eines Namensbuches herangezogen und in den türkischen Schulen werden die Studenten häufig nummeriert, um Irrtümer nach Möglichkeit zu vermeiden. Es sei geradezu absurd, für eine Bevölkerung von zwölf Millionen nur einige hundert Namen zu verwenden. Man darf annehmen, daß die Regierung sich später mit diesem Problem wird beschäftigen müssen, das in der türkischen Presse so eifrig erörtert wird.

Maschinen als Geldzähler. Noch vor 10 Jahren wurden vielleicht 98 Proz. aller Geldmünzen mit der Hand gezählt und verpackt — naturgemäß ein langsames, mühsames und oft ungenaues Verfahren. Das wurde allmählich anders mit der Einführung der zentrifugal arbeitenden Geldzählmaschine, mit der gleichzeitig fünf oder mehr verschiedene Münzsorten gezählt und sortiert werden können. Derartige Apparate kommen auch bei uns immer mehr in Aufnahme, zumal nach der Ueberwindung der Inflation auch im deutschen Geldverkehr allmählich die Münze wieder eine immer größere Rolle spielt. Die neuesten Maschinen dieser Art haben bereits einen hohen Grad der Vollkommenheit erreicht. Beispielsweise wird darin jede Geldsorte in eine starke Papierhülle von anderer Farbe eingewickelt, so daß die verschiedenen Werte deutlich auseinandergehalten werden können und Irrtümer bei der Auszahlung usw. unmöglich sind. Die automatische Geldzähler arbeiten mit hoher Geschwindigkeit: in der Minute werden bis zu 15 Geldrollen gepackt, und in einen Behälter können 200 Münzen pro Minute mit der größten Genauigkeit hineingezählt werden. Die modernen Maschinen dieser Art werden elektrisch betrieben und namentlich in den Vereinigten Staaten bereits viel benutzt, und zwar nicht nur von Banken, sondern auch bei den großen Verkehrsinstituten, in Warenhäusern, Restaurants, Vergnügungsorten usw., ja sogar von den Kirchenbehörden zum Zählen der Spenden. Die neuesten Konstruktionen der Münzählmaschinen lassen sich auf jede Geldart und jedes gewünschte Zählverfahren einstellen; so können z. B. selbstständig Unterrechnungen eingeschaltet werden, nachdem 20, 25, 30, 40 oder 50 Münzen gezählt worden sind. Oder der Apparat zählt und ordnet ununterbrochen bis zu einer vorher bestimmten Summe. Zeit ist hier in zweifachem Sinne Geld.

Ein neues deutsches Natursehngelief. Das „Grubel“, der weiffich von Nisch in Baden gezeigene Wols, in der Vererbung und dem Schatz der Natursehngelief unterteilt werden. Im Bereich des „Grubel“ befinden sich über 2000 teilerdeimige Geoden, aus denen in vorchristlicher Zeit Eisen gewonnen worden ist.

aus dem Grunde, weil es sich um die eigentliche politische Aufgabe handelte, die der Ausschuss zu erledigen hatte, nämlich die Aufklärung der Postkredite und dabei war wohl ein persönlich-politisches Standhalten, das sich gegen die Sozialdemokratie ausmünzen ließ, nicht zu erwarten.

Für die weiteren Arbeiten des Untersuchungsausschusses wurde folgender Plan festgesetzt: Am Donnerstag der nächsten Woche sollen noch einige Zeugen vernommen werden. Ob und wann Julius Baromat noch einmal vor dem Ausschuss erscheinen wird, steht noch nicht fest. Der Ausschuss will ihn nicht in seiner Wohnung durch den Vorstehen und die beiden Berichterstatter vernommen lassen, nachdem die ersten Vernehmungen vor dem Gesamtausschuss stattgefunden haben. Die Berichterstatter werden danach die gerichtlichen Akten einsehen. Da nach der Verlegung des Reichstages auch die Ferienzeit für die Reichstagsangestellten eintritt, so wird der Ausschuss erst wieder im Herbst eine längere Reihe von Sitzungen abhalten. Seinen Bericht an das Plenum wird der Ausschuss voraussichtlich erst um die Weihnachtszeit fertiggestellt haben.

Der heute als Zeuge vernommene Ministerialrat Mü n z m a n n vom Reichspostministerium weiß über den Kredit an Lange-Hegermann nichts Wesentliches zu berichten. Ueber den Verkehr der Post mit der Deutschen Girozentrale teilte er mit: Der Girozentrale wurden die Postgelder überwiesen, die sie als Kredite in der Hauptsache an Kommunen und Sparkassen weitergab. Von einer Kreditgewährung an Baromat war der Post amtlich nichts bekannt. Sie hat sich lediglich eine Klüftung über die ausgegebenen Gelder geben lassen und darin war auch Baromat erwähnt. Der Stadtschaff der Provinz Brandenburg sind drei Millionen überwiesen worden, die sie an Baromat weitergab. Dafür sind gute Sicherheiten vorhanden, so daß ein Verlust aus diesem Geschäft nicht entstehen wird. Ueber die dem Baromatkongress gegebenen Postkredite bekundete der Zeuge: Im Oktober 1924 habe er zufällig davon gehört, daß die Kredite nicht mehr von der Girozentrale gegeben worden seien. Er habe davon seinem Vorgesetzten Kenntnis gegeben und in einer längeren Beratung mit dem Postminister Hoffe wurde beschlossen, dem Amerimafongress noch weitere 2 1/2 Millionen zu den bereits gewährten 10 Millionen zu geben, unter denselben Sicherungen, wie sie die Girozentrale hatte. Aus technischen Gründen wurden die drei Banken des Amerimafongress als Schuldner genannt. Der als Sachverständige herangezogene Direktor Schlösser habe die Erklärung abgegeben, daß sämtliche Rückversicherungen gut seien. Damit war die Angelegenheit für die Post erledigt. Weitere Verusche des Amerimafongress um Erhaltung der Kredite wurden abgewiesen, trotzdem Ministerialrat Raug, der inzwischen dort eingetreten war, erklärte, die Post würde nichts verlieren.

Nach einer Pause wird der Zentrumsabgeordnete Dr. Schreiber, dessen Name gestern vom Abg. Lange-Hegermann genannt wurde, als Zeuge vernommen. Er sagt, daß sich die Familie Baromat, Inhaberin der Papierfabrik Roettig in Sachsen, an ihn mit der Bitte um Hilfe gewandt habe. Er kannte die Familie seit sechs bis acht Jahren, sie habe auf dem Gebiete der Arbeiterwohlfahrt viel getan, und da diese Familie zu den wenigen Vertretern des Zentrums in Sachsen gehörte, habe er es für ein rein menschliches Werk gehalten, ihr zu helfen. Er habe mit einigen der in Betracht kommenden Mitglieder der Zentrumsfraktion darüber gesprochen, insbesondere mit dem Abgeordneten Schlösser, die aber dazu nicht in der Lage waren. Als einziger sei dann noch der Abg. Lange-Hegermann in Betracht gekommen, von dem er wußte, daß er über eine große geschäftliche Versiertheit verfüge. Es sei damals allgemein bekannt gewesen, daß die Post Kredite gewähre, deshalb habe er nahe gelegen, daß er auch mit dem Minister Hoffe darüber sprach. Ueber die weitere Abwicklung der Angelegenheit sei er nicht im einzelnen unterrichtet, insbesondere wisse er nichts davon, daß die Gelder, aus denen der Kredit gegeben werden sollte, für das besetzte Gebiet bestimmt waren.

Herr Klinghammer unter Anklage.

Verleumdungen der „Deutschen Tageszeitung“ widerlegt

Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt die Nachricht von der Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Kriminalkommissar Klinghammer unter der Ueberschrift: „Grzesinski mahregelt Baromat-Gegner“. Demgegenüber erklärt das Polizeipräsidium, daß gerade um jeden Anschein einer Kabinettskrise zu vermeiden und um Herrn Klinghammer ein mit allen Rechtsgarantien versehenes öffentliches Verfahren zu sichern, das Disziplinarverfahren eröffnet worden ist. Dieses Verfahren bezieht sich übrigens nur zum Teil auf das Auftreten Klinghammers vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss, es war vielmehr schon seit längerer Zeit wegen Klinghammers dienstlichem Verhalten beabsichtigt. Näheres über die letzteren Gründe des Disziplinarverfahrens ist im Augenblick noch nicht zu erfahren.

Die „Deutsche Zeitung“ hatte behauptet, daß Polizeipräsident Grzesinski schon noch einmonatlicher Dienstreife in Urlaub gegangen und erst am Tage nach der chinesischen Protestversammlung in der Dorotheenstrasse zurückgekehrt sei. In Wahrheit befand sich der Polizeipräsident damals im Auftrag des Innenministeriums auf einer Dienstreife zur polizeitechnischen Ausstellung in Karlsruhe und hatte darauf die Jahrausendausstellung in Köln besucht, war aber, ohne an den Feiertagen teilzunehmen, zwei Tage früher als vorgesehen nach Berlin auf seinen Posten zurückgekehrt.

Kommunistische Dreistigkeit.

In Frankreich haben die Kommunisten ein „Zentralaktionskomitee gegen den Marokkorkrieg“ gebildet, das nichts anderes ist, als einer der üblichen Einheitsfrontschwindel, die wir in den vergangenen Jahren zur Genüge kennen gelernt haben. Dieses „Aktionskomitee“, das sich die Bekämpfung der sozialistischen Partei zur Hauptaufgabe gemacht hat, hat einen sogenannten „Kongress“ für den 4. und 5. Juli einberufen. Es hat nun die Stirn gehobt, die deutsche Sozialdemokratie telegraphisch aufzufordern, Delegierte dorthin zu entsenden. Die Drabzieher dachten sich: „Vielleicht wissen die nicht Bescheid und fallen drauf rein.“ Es sei hiermit zur Kenntnis gegeben, daß wir nicht darauf hereinfallen.

Neue französische Zugeständnisse?

Paris, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Wirtschaftsdelegation hat den ganzen Mittwoch an einer Note gearbeitet, die am Donnerstag morgen der deutschen Delegation überreicht werden soll. Die Note soll auf 20 Schreibmaschinenseiten Punkt für Punkt auf die neuen deutschen Forderungen antworten und eine Reihe neuer Konzessionen enthalten, die diesmal unwiderruflich seien. Da die deutsche Delegation voraussichtlich mehrere Tage zur Prüfung dieses neuen Dokuments brauchen wird, erwartet man im französischen Handelsministerium ihre Antwort frühestens gegen Ende der Woche.

Die Verhandlungen der Schwerindustrie.

Paris, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die „Journale Industrielle“ aus Brüssel mitteilt, sollen die Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Schwerindustrie am Freitag in Düsseldorf fortgesetzt werden. Die größte Schwierigkeit bilde augenblicklich die Forderung der deutschen Schwerindustrie, daß alle Bestellungen und Lieferungen durch Vermittlung einer von den Deutschen geschaffenen Kontrollstelle erfolge, was praktisch die Aufgabe aller direkten Beziehungen zwischen Verbrauchern und Herstellern bedeuten würde.

Die Stadt der Kinder.

Im Nordosten Berlins liegt Buch. Ein freundlicher Ort mit einem prächtigen alten Park, in dem ein verfallenes Lustschloßchen seine roten Ziegel in einem stillen Gewässer spiegelt, das zwischen zwei Bäumen und Wiesen ruht. Zu beiden Seiten dieses märchenhaften Kleingrundes dehnen sich wohlgepflegte Anlagen, grüneschmückte Straßen, an denen helle Häuser stehen, Häuser mit Loggien und Balkons und großen Fenstern. Allenhalben leuchten aus ihnen rote Geranien.

Ein Teil dieser so herrlich erscheinenden Gartenstadt ist Kindern gewidmet, die hier alles finden, was nötig ist, um sie gesund, stark und tüchtig zu machen. Aber die Kinder, die in diesen hellen Häusern wohnen, sind nicht die frohe Hoffnung der menschlichen Gemeinschaft. Sie sind leidende Opfer sozialer Mißstände und menschlicher Unvernunft. Auf dem 168 Morgen großen Gelände der Kinderheilstätte stehen 32 Häuser, in denen 800 bis 900 leidende Kinder eine Heimstatt gefunden haben. Säuglinge, die ihr Dasein noch nicht begriffen, Kinder mit rachitisch getrümmten Armen und Beinen, denen jede Bewegung Mühe macht. Andere, isoliert, syphilitisch, idiotisch. Eine entsetzliche Anklage: denn die Sünden der Väter werden heimgeführt an den Kindern. . . Und wieder andere Kinder mit lieben, freundlichen Gesichtern, die seit Jahren in ihren weißen Betten liegen, beschwert von Gewichten, die ihre schwachen dünnen Beine oder auch das Rückgrat strecken sollen, Opfer verpesteter Großstadtmwohnungen, von der Tuberkulose befallen. Diese Kinder liegen fast acht Monate des Jahres im Freien in großen Viegehallen. Licht und Luft sollen helfen, sie gesund zu machen. Und endlich, neben anderen Kindern solche, die so gesund und blühend aussehen, daß niemand ihre Krankheit glauben möchte, und von denen viele dieses Heim nur noch verlassen werden, um in kühler Erde auszuruhen von den Qualen ihres kurzen Lebens. Auch diese Kinder sind Opfer der Tuberkulose, die ihr Inneres zernagt und verzehrt. Auf Gesundheit und Frohsinn oder hoffen die meisten von ihnen. Diese Lebensbejahung läßt sie ihr Schicksal tapfer ertragen. Aber es gibt auch Wissende unter ihnen. Eine Sechzehnjährige, die mit dem Scharfsm der erwachenden Jugend hört und beobachtet, schreibt, als sie Wahrnehmungen von dem nahen Ende einer ihrer Leidensgenossinnen gemacht zu haben glaubt, der sie betreuenden Krankenschwester einen lieben Brief, in dem sie sie bestürmt, dafür zu sorgen, daß jene auf dem großen Friedhof in Buch begraben werde, „damit wir alle zusammen ruhen“.

In diesen schönen Heimen wird aufopfernde Arbeit geleistet. Wenn diese Kinder aber nach der unendlichen Sorgfalt, die man auf sie hier verwandt, zurückkehren in die Großstadt, beginnt für sie das alte Leid von neuem. Gefördert wird ihr Leiden noch durch die Unwissenheit vieler Eltern und Erzieher, die die Ratschläge der Ärzte nicht befolgen wollen. Die mangelnde Erziehung, die diesen Eltern selbst zuteil wurde, rächt sich an den Kindern. Krankheiten heilen ist gut, sie verhüten besser. Helle, lichte Wohnungen, gutbezahlte Arbeit liegen vieles Leiden nicht entstehen. Aber diese Wahrheit ist schon seit Jahrhunderten erkannt, doch immer wieder wird sie von kurzfristigen Menschen um des eigenen Profites willen bekämpft.

Die Kinderheilstätte in Buch, die wie keine andere geeignet ist, fronde Kinder zu beherbergen, ist der Gefahr ausgesetzt, diesem edlen Zweck entzogen zu werden. Es ist beabsichtigt, diese Kinderstadt in eine solche für Irre umzuwandeln, während man für die Beherbergung der Kinder einfache Baracken zu schaffen gedenkt. Das wäre eine unverständliche Maßnahme. Man lasse den Kindern diese schönen Wohnungen, in denen sie, umgeben von Sauberkeit, Luft und Sonne, wenigstens etwas entschädigt werden für die Leiden, die sie unschuldig ertragen müssen.

Der Königsberger Gemäldediebstahl.

In Berlin aufgefährt.

Der große Gemäldediebstahl, der in der Schloßgalerie zu Königsberg i. Pr., in der Zeit vom 16. Juni mittags bis zum 17. vormittags unter erschwerten Umständen verübt wurde, ist jetzt von der Berliner Kriminalpolizei aufgefährt worden. 6 Bilder sind wiedergefunden, zwei fehlen noch.

Der Verdacht fiel, wie wir schon mitteilten, auf den 33 Jahre alten aus Königsberg gebürtigen Kunsthändler Walter Wohlgenuth, der in der letzten Zeit in Berlin in der Kleiststraße wohnte. Hier hatte eine Dame, die verzeihe, ihm eine Menge wertvoller Kunstgegenstände in Obhut gegeben. Als sie zurückkehrte, war Wohlgenuth mit einem Teil dieser Sachen verschwunden. Die Charlottenburger Kriminalpolizei ermittelte nun, daß Wohlgenuth gleich nach dem Königsberger Diebstahl zurückgekehrt war und in der Sophie-Charlottenstraße einen Koffer untergestellt hatte. Diefen beschlagnahmte sie, und sie fand darin 6 der gestohlenen Bilder. Wohlgenuth selbst aber ließ sich auch in der Sophie-Charlottenstraße nicht mehr sehen. In einem Schreiben an die Kriminalpolizei in Königsberg beschwerte sich Wohlgenuth darüber, daß die Zeitungen ihn als den Gemäldedieb bezeichnet hätten. Er behauptet, die Bilder von einem Dr. Pfeiffer für 8000 R. gekauft zu haben. Der müsse der Dieb sein. Wer dieser Dr. Pfeiffer ist, sagt er nicht weiter. Wahrscheinlich besteht er nur in seiner Phantasie. Aber selbst wenn er die Gemälde von Dr. Pfeiffer, der dann der Dieb wäre, gekauft hätte, so hat er als Königsberger und Kunsthändler, der in seiner Vaterstadt genau Bescheid weiß, ohne Zweifel gewußt, daß sie zum Bestande der Schloßgalerie gehörten und dort gestohlen sein mußten. Wohlgenuth mag unterdessen wohl über die Grenze entkommen sein. Die beiden Gemälde jedoch, die noch fehlen, befinden sich vermutlich noch in Berlin. Das eine ist ein „Panzergeschwader“ von Willy Stöwer. Das zweite ist Ferd. Georg Waldmüllers „Sonntag Nachmittag“, ein Oelgemälde auf Holz. Die gegenwärtigen Besitzer und alle anderen, die über ihren Verbleib etwas wissen, werden ersucht, sich bei Kriminalkommissar Trethn, Dienststelle B. I. 3, im Polizeipräsidium, zu melden.

Der Schenkendorfer Förstermord vor Gericht.

Vor dem Jugendgericht Neukölln begann heute morgen ein Strafprozeß wegen Mordes gegen den erst 17jährigen Formerlehrling Franz S a h, der in der Försterei zu Schenkendorf am 5. Juli v. J. den 64jährigen Förster Grünhoff durch fünf Pistolenschüsse niedergestreckt hatte. Er hatte dann die Haustür von außen verschlossen, aber der Förster wurde noch lebend aufgefunden und konnte eine genaue Personenbeschreibung geben.

Die Vernehmung des jugendlichen Mörders erstreckte sich zunächst eingehend auf seine persönlichen Verhältnisse. Sah hatte es versucht, als Lehrling das Schloß zu lernen, später ging er jedoch zur Formerel über. Aber es wurde aus ihm nichts Rechtes, so war er oft arbeitslos, fuhr mit anderen hinaus in die Königsheide, stahl dort Holz und schloß aus langer Weile mit einer Pistole nach Wägen. Nach seiner eigenen Angabe war er ein sehr guter Schütze. Hierbei muß er einmal von dem Ermördereten überrascht worden sein und wahrscheinlich hat er zur Strafe eine tüchtige Tracht Prügel bezogen. Offenbar wollte er sich hierfür rächen. Am Mordtage ging er eine halbe Stunde zu früh nach der Firma Eigner in Neukölln, bei der er Arbeit gefunden hatte, er stahl dort zwei Pistolen und will dann mit einem Bekannten, Hermann Schitowski, zusammen nach Königsmusterhausen gefahren sein. Sah behauptet nun, daß Schitowski draußen andere Bekannte getroffen habe, die alle zusammen bei dem Förster einbrechen wollten. Er bestreitet die

Tat, will vielmehr zurückgeblieben sein und nur aus der Ferne die Schüsse gehört haben, ohne zu wissen, worum es sich handle. Die von dem Angeklagten angegebenen Entlastungszeugen konnten jedoch nicht ermittelt werden, so daß das Gericht es hier wohl mit dem berühmten „großen Unbekannten“ zu tun hat.

Bau der AEG-Schnellbahn beschlossen.

Infolge der langwierigen Verhandlungen über den Abschluß des städtischen Haushaltsplanes und den Bau eines Großkraftwerkes in Rummelsburg war die Behandlung des AEG-Schnellbahnfrage in der Stadtverordnetenversammlung etwas in den Hintergrund gestiegen. Jetzt hat heute vormittag der städtische Haushaltsausschuss beschlossen, grundsätzlich dem Bau der AEG-Bahn vom Bahnhof Gesundbrunnen bis zum Bahnhof Hermannplatz zuzustimmen. Dieser Beschluß soll der Stadtverwaltung die Möglichkeit geben, die Verhandlungen über die Aufnahme einer Anleihe und die Sicherstellung der Finanzierung zu führen. Mit dem Bau soll nicht eher begonnen werden als bis die Finanzierung zu übersehen ist. Da aber nach den Berechnungen aller Sachverständigen die AEG-Schnellbahn das zu investierende Kapital in genügender Höhe verzinsen wird, so kann durchaus damit gerechnet werden, daß es der Verwaltung gelingt, in den nächsten Wochen die finanzielle Grundlage für diese wichtige Verkehrsanlage zu schaffen.

Vorher hatte der Haushaltsausschuss die Beratung des Antrages Werten über Gleichstellung der drei sozialdemokratischen Stadträte mit den übrigen Stadträten im Gehalt durchgeführt und ihn angenommen. Trotzdem diese Stadträte Sozialdemokraten sind, keine Referendare waren, den Dr. juris nicht gemacht und auf Schmissen verzichtet haben, wird das Furchtbare heute abend Wirklichkeit werden, diese Sozialdemokraten werden dasselbe Gehalt bekommen wie die anderen Stadträte. Schlechte Zeiten für den Herrn Kammergerichtsrat Dr. Caspari.

Zum Kampf gegen Schund und Schmutz.

Vereinbarung mit dem Bahnhof- und Straßenbuchhandel.

Nach vor Beratschlagung des jetzt dem Reichsrat vorliegenden Entwurfs eines Gesetzes zur Bekämpfung der Schund- und Schmutz-literatur sollen einstweilige Maßnahmen gegen die vornehmlich auf Bahnhöfen, in Zeitungskiosken und im Straßenhandel vertriebenen Schund- und Schmutzschriften, im besonderen gegen gewisse periodische Druckschriften, getroffen werden. Eine rechtliche Handhabung gegenüber den Bahnhofsbuchhandlungen und den Zeitungskiosken bieten, so schreibt der Amtliche Preußische Pressedienst, meist die Verträge mit der Deutschen Reichsbahn, mit der Hoch- und Untergrundbahn und mit den Stadterwaltungsgen. Vor kurzem sind bei einer Besprechung im Reichsoberlehrministerium zwischen Reichsbahn, Berliner Magistrat, Hochbahngesellschaft und Verein deutscher Bahnhofsbuchhändler zunächst für Berlin vorläufig bis zum Inkrafttreten des Gesetzes bestimmte Grundsätze vereinbart worden:

Periodische Druckschriften, gegen die nach dem 1. Juli 1925 eine rechtsträffige Beurteilung aus § 184 oder § 184a des StGB, sei es auch nur im objektiven Strafsverfahren (§ 42 StGB.) ausgesprochen ist, werden vom Verkauf auf Bahnhöfen und in Zeitungskiosken bei erstmaliger Beurteilung für drei Monate, im Wiederholungsfall für sechs Monate ausgeschlossen. Die in Berlin bestehende deutsche „Zentralpolizeistelle zur Bekämpfung unzüchtiger Bilder, Schriften und Inserate“, bei der aus dem ganzen Reich derartige Beurteilungen gemeldet werden, meldet diese weiter an die beteiligten Behörden, Verwaltungen und Gesellschaften, damit der Verkaufsausschluß angeordnet werden kann. Meldung wird auch erstattet an die Ministerien des Innern für Preußen und für das Reich, und von hier aus werden alle Ortspolizeibehörden zur Fahndung auf die unbrauchbar zu machenden Druckschriften veranlaßt.

Ein Rundschreiben des Preussischen Ministers des Innern weist auf diese Vereinbarungen hin und erinnert daran, daß auch die Gewerbeordnung schon ermöglicht, gegen Auswüchse vorzugehen.

Falkenberger Nepp.

Die Gartenstadtsiedlung Falkenberg bei Grünau ladet wieder einmal zu ihrem Jahresfest ein, Grund genug, sich darauf zu freuen, denn diese Feste zeigen wirklich etwas von der soviel versprochen und wenig gehaltenen Gemeinschaft. Es wird tüchtig draußen gearbeitet. Der Organisationsrat Laug und Rafer Sachse sind schon ganz nervös. Der schmutzige Festplatz läßt bereits die erste Berliner Abstinenzschenke „Deutschland trocken“ und die Original Hamburger Hasentneise „Zum blauen Kissen“ und all die anderen Entweber — Oder wie „Automobilstudie zum besessenen Pferd oder: „Rirschen und Buttermilch“ im Hochbau sehen. Der größte Teil der Kolonis arbeitet mit, das sagt, hämmert, pinselt, tücht, kostümiert sich, baut, dekoriert nach Feierabend, daß man selbst das Compensier kriegt. Auch Rasperie übt sich ein für die Kinder. Anzünden eines Holzstoßes, Frackelung der Jugend, Sprechchor der Volksbühne, gemeinsamer Gesang sind vorgesehen. Es kann, wenn das Wetter nicht wieder „Gofener Sonnenwende“ spielt, am kommenden Sonntag ein richtiges Volksfest werden. Die auswärtigen Festteilnehmer sollen sich schon um 1 Uhr am Bahnhof einfinden, damit sie würdig und in Massen empfangen werden können.

Gefängnis für Reisende ohne Paß. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, sind neuerdings wieder zahlreiche Reisende aus dem unbefestigten Gebiet, darunter auch solche aus Berlin, die ihre Verwandten im Rheinland besuchen wollten, von den Franzosen mit hohen Geldstrafen, in zwei Fällen sogar mit zwanzig bzw. sieben Tagen Gefängnis bestraft worden. Es muß erneut daran erinnert werden, daß jeder Reisende über 16 Jahre, ob männlich oder weiblich, einen für diesen Zweck gehaltenen Personalausweis oder einen deutschen Reisepaß besitzen muß. Beide Papiere müssen bei den Polizeibehörden (in Berlin beim Polizeiamt) rechtzeitig beantragt werden, falls den Reisenden keine Nachteile entstehen sollen.

Sport.

Samuel scheidet in Treptow.

Seit der Nacht — das Rennen wurde erst nach 1 1/2 Uhr beendet — war Samuel, der seine Gegner mit überlegener Wauerei schloß und einen ernsthaften Widerstand nur in dem 2200 m fand, dessen züchtige Hochform nicht nur bei den besten Teilnehmern, sondern auch bei den besten Teilnehmern nichts werden und mußten die ersten beiden Plätze an den Franzosen fallen lassen. Die genannten Dauerfahrer trafen sich im Rik-Ebene-Grünungsrennen, das zunächst 6 Versuchsrennen bis 10 Kilometer 2 1/2 Runden vorlieb. Ergebnisse bei einzelnen Läufen: 1. Lauf: Samuel holt nach 8 Runden bei 2 Min. 21,1 Sek. ein. 2. Lauf: Semanow siegt nach 10 Kilometern (30 Meter aufgeholt) gegen Scharf in 2 Min. 41,1 Sek. 3. Lauf: Scharf holt nach 10 Runden in 3 Min. 0,30 Sek. Scharf ein. 4. Lauf: Samuel gewinnt nach 13 1/2 Runden gegen Semanow in 2 Min. 24 Sek. 5. Lauf: Scharf holt nach 11 1/2 Runden gegen Semanow ein bei 2 Min. 21,1 Sek. vorlieb. 6. Lauf: Scharf holt nach 10 Kilometern (70 Meter aufgeholt) in 2 Min. 0,31 Sek. Alle 4 Fahrer trafen sich dann im 7. Lauf, der über 50 Kilometer ging. Scharf unternahm den an dieser Stelle folgende Scharf einen Angriff auf Scharf, der die dritte Position einnahm. Das Tempo wurde scharf. Resultat: beide geben „Schwimmen“ und werden von Samuel und Semanow überhandelt.

So sieht der Start des Rennens bis zum Schluß, nachdem noch wegen Unschicklichkeit Scharf das Rennen nach 1 Runden Verlust aufgegeben hatte. „Walter“ und „Samuel“ ließen sich die Stummenscheide über dem Kopf befestigen im Stützprogramm. Die Unschicklichkeit der Schweizer Fahrerinnen beim Rennen der Belgier mit Belgierinnen haben. Die 30 Kilometer wurden in 48 Min. 16,1 Sek. zugefahren. Semanow lag 500, Scharf 400 und Scharf (aufgehoben) 9400 Meter hinter Samuel zurück. Bei den Riesenrennen liegt im Bergabfahren von Davos und im 30-Runden-Prämienfahren O. Tsch. Im Rindvieh-Rennen der Schiller der Rennschule Treptow mußte der bisherige Inhaber der Amblinde, Scharf, die an Reichheit überwiegt, der von heute an bis zur nächsten Veranlassung zum die heute verübten Wägen heute im Werte von 10 R. einbezogen werfen

Gewerkschaftsbewegung

Arbeitsaufnahme in der Holzindustrie.

Der Kampf erfolgreich abgeschlossen.

Wie uns mitgeteilt wird, kann nach den vorliegenden Meldungen der Lohnkampf in der Holzindustrie als abgeschlossen betrachtet werden. Auch in Thüringen und Schleswig-Holstein, deren Unternehmervertreter bei den Verhandlungen in Berlin die Vorschläge der Zentralvorstände abgelehnt hatten, ist das Abkommen von den Unternehmern angenommen worden. Die Arbeitsaufnahme vollzieht sich überall reibungslos.

Damit ist diese auf Anordnung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ins Werk gesetzte Absperrung überraschend schnell und mit einem durchschlagenden Erfolg für die Holzarbeiter abgeschlossen.

Die Lohnbewegung im Baugewerbe.

Heute Vergleichsverhandlungen, Sonntag Urabstimmung.

In einer stark besuchten Versammlung im Gewerkschaftshaus nahmen die Baudelegierten und Betriebsräte des Hoch-, Tief- und Betonbaugewerbes den Bericht Drügemüllers von den Lohn- und Tarifverhandlungen entgegen.

Da es auch in diesem Jahre wegen der Halsstarrigkeit der Unternehmer nicht gelungen ist, für das gesamte Baugewerbe einen Reichstarif abzuschließen, hat der Baugewerksbund mit den Berliner Bauunternehmern Verhandlungen eingeleitet, um den bestehenden vorläufigen Bezirkstarif durch einen endgültigen zu ersetzen. Es wurden vom Baugewerksbund Erhöhung der Löhne, Gewährung von Urlaub, Fahr- und Laufzeitentschädigung, 46 1/2 stündige Arbeitswoche und Regelung der Beurlaubungslohnne beantragt. Das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen ist kurz, daß in einigen Punkten mit den Unternehmern ein Einverständnis erzielt worden ist. Hinsichtlich der sozialen Forderungen, wie Urlaub, Arbeitszeitregelung und Festlegung der Beurlaubungslohnne konnte eine Verständigung aber bisher nicht erreicht werden. Ob es in diesen Punkten überhaupt zur Einigung kommen wird, erscheint nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen und der Einstellung der Unternehmer sehr zweifelhaft.

Von „sozialistischer“ Seite werden in die bürgerliche Presse Artikel lanciert, die die öffentliche Meinung gegen die „überhöhten“ Forderungen der Arbeiter ausspielen sollen. Die Bauarbeiter kennen diese Manöver nur zu gut und werden sich durch sie nicht davon abhalten lassen, auf ihren gerechten Forderungen zu bestehen.

Heute tagt nun unter dem Vorsitz eines Unparteiischen ein freies Schiedsgericht, das den Parteien über die Lohnerhöhung einen Vergleichsvorschlag machen wird. Im Anschluß daran werden die Verhandlungen über die strittigen Punkte des abzuschließenden Tarifvertrages fortgesetzt werden. Ueber das endgültige Verhandlungsergebnis wird am Freitag abend in der Generalversammlung berichtet werden. Am Sonntag werden dann die Bauarbeiter durch eine Urabstimmung Stellung nehmen zu dem Ergebnis der Verhandlungen.

Die rege Diskussion brachte ganz eindeutig zum Ausdruck, daß es den Bauarbeitern nicht nur um die Erhöhung der Löhne geht, sondern vor allem um die Erfüllung ihrer sozialen Forderungen. Sie sind daher fest entschlossen, den Kampf aufzunehmen, wenn ihre gerechten Forderungen nicht erfüllt werden.

Von der Versammlungsleitung wurde noch darauf hingewiesen, daß am Sonntag den 12. Juli die Wahlen der Arbeitnehmervertreter zu dem Ausschuss der Ortskrankenkasse des Maurergewerbes zu Berlin stattfinden. Neben der Liste 1 des Deutschen Baugewerksbundes ist auch von dem Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter eine „Oppositionsliste“ eingereicht worden, die in ganz verlogener Weise bei den Mitgliedern des Baugewerksbundes den Schein von „Unparteilichkeit“ erwecken soll. Die Mitglieder des Baugewerksbundes werden sich durch solche plumpen Täuschungsmanöver nicht beeinflussen lassen und geschlossen für die Liste 1 des Baugewerksbundes stimmen.

Internationaler Eisenbahnerkongress.

Am 1. Juli wurde in Bellinzona der internationale Eisenbahnerkongress eröffnet. 21 Staaten mit 100 Vertretern nahmen teil. Für die Eisenbahner Asiens sprach Semaden aus holländisch-Indien. Nach seinen Angaben haben die chinesischen Eisenbahner 15 Stunden Dienst täglich bei 12 Dollar Monatslohn. Der Streik wird mit Waffengewalt unterdrückt. Die Gewerkschaften sind noch sehr schwach. Sardelli-Italien berichtete über die Auflösung des italienischen Eisenbahnerverbandes. Mussolini hat 60 000 Eisenbahner entlassen und dadurch brotlos gemacht. Der Kongress forderte die Einführung des Achtstundentages für die Eisenbahner.

Der Kongress schloß sich dem Protest an, den das Sekretariat der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (I. T. F.) gegen die Verfolgungen der Eisenbahner, insbesondere in Italien, Ungarn, Finnland, Griechenland, Jugoslawien

und Palästina erhoben hat, und fordert ein unbefristetes Koalitions- und Versammlungsgesetz. Er stellte mit Bedauern fest, daß der Völkerbund auch auf das entsprechende Ansuchen der I. T. F. nichts veranlaßt hat und anscheinend nicht in der Lage ist, die dem Völkerbund angehörenden Staaten zur Erfüllung der in den Friedensverträgen und im Völkerbundsstatut enthaltenen Versprechungen hinsichtlich der Koalitionsfreiheit zu zwingen. Der Kongress wendet sich daher an die Arbeiterorganisationen der in Betracht kommenden Länder mit der Aufforderung, das Eisenbahnerpersonal mit allen zu Gebote stehenden Mitteln in seinem Kampfe um Bewegungsfreiheit zu unterstützen und beantragt gleichzeitig beim Internationalen Arbeitsamt die Durchführung der bereits im Oktober 1923 beschlossenen Untersuchung über die Organisationsfreiheit. Der Kongress beschloß: 1. die angeschlossenen Verbände werden ersucht, in ihren Fachblättern über die Gestaltung des

Koalitionsrechtes der Eisenbahner

ihrer Länder zu berichten, 2. bei ihren Regierungen dahin zu wirken, daß deren Vertreter beim Völkerbund beauftragt werden, diese Frage auf die Tagesordnung einer der nächsten Versammlungen zu bringen und für die Anerkennung der Koalitionsrechte einzutreten, 3. die I. T. F. hat den Internationalen Gewerkschaftsbund um entsprechende Anweisungen an dessen Arbeitervertreter zu ersuchen, 4. die Eisenbahner aller Länder werden aufgefordert, mit allen Mitteln die Gewerkschaftsrechte, d. h. das Koalitionsrecht, das Versammlungsgesetz, das Streikrecht sowie das Recht der Gewerkschaften auf Mitwirkung bei der Beschlußfassung über alle die Eisenbahn betreffenden Fragen, zu erhalten, zu verteidigen und weiter auszubauen. Ferner schloß sich der Kongress, betreffend Vorkommnisse in China, dem bereits von der Arbeitnehmergruppe der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf und dem Internationalen Gewerkschaftsbund eingelegten Protest an. Der Kongress ist der Auffassung, daß eine gemeinsame Aktion der ganzen internationalen Arbeiterbewegung unter der Leitung der internationalen Gewerkschaften eine dringende Notwendigkeit ist.

In einer weiteren vom Kongress angenommenen Resolution heißt es: Der Kongress betrachtet es als die Pflicht der der Internationalen Transportarbeiter-Föderation angeschlossenen Organisationen zu kämpfen für 1. Herabsetzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden täglich, 2. Abschaffung der Leberarbeit auch gegen Bezahlung von Zuschlägen, ausgenommen bei Unfällen und wenn der Betrieb als außerordentlich erachtet wird, 3. Beseitigung des Unterschieds zwischen Arbeitsbereitschaft und tatsächlicher Leistung, 4. Ratifizierung und Durchführung der Washingtoner Übereinkunft, die als bindend zu betrachten ist, mit der Maßgabe, daß bereits vorhandene bessere Arbeitsbedingungen nicht verschlechtert werden dürfen.

Nach der Annahme dieser und der bereits gemeldeten Resolution wurde der Internationale Eisenbahnerkongress mit der Abstimmung der Internationale geschlossen.

Lohnbewegung der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Heute finden vor dem Zentralschlichtungsausschuss der Gemeindebetriebe Verhandlungen über die Forderungen der Ortsverwaltung Berlin des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes statt, der eine Erhöhung der Löhne der Arbeiter in den Kämmererbetrieben um 15 Pf. die Stunde gefordert hatte, eine Forderung, die jedoch sowohl vom Magistrat als auch von der ersten Schlichtungsinstanz abgelehnt worden ist. Die Arbeiter der Stadt Berlin bestehen jedoch auf ihrer Forderung, worüber nunmehr der Zentralschlichtungsausschuss zu entscheiden hat. Es ist „grundsätzlicher“ Brauch des Magistrats, alle Lohnforderungen abzulehnen und sich erst durch eine Entscheidung des Zentralschlichtungsausschusses zum Nachgeben zwingen zu lassen. Es wäre aber wirklich an der Zeit, mit derartigen Grundregeln aufzuräumen.

Schiedspruch für die Textilindustrie des bergischen Landes

Elberfeld, 1. Juli. (Wib.) Der Schlichtungsausschuss für das bergische Land fällt bezüglich des Arbeitszeitabkommens und der Löhne für die Textilindustrie im rechtsrheinischen Bezirk einen Schiedspruch, demzufolge das bisherige Arbeitszeit- und Leberarbeitszeitabkommen über den 30. Juni hinaus verlängert wird. Ebenfalls wird das bisherige Lohnabkommen über den 30. Juni hinaus mit der Maßgabe verlängert, daß die Lohnsätze der Zeitlöhner in den sämtlichen Branchenarten, sowie der Lohnsatz des reinen Zeitlöhners (männlich) im Alter von 20 Jahren und darüber um je einen Rentenpfennig erhöht werden. Ferner werden die sämtlichen Lohnsätze des Lohnabkommens unter Berücksichtigung der bereits vorweg genommenen Erhöhung um 4 Proz. erhöht, und schließlich werden die Familienzulagen verdreifacht.

Verschärfung des Kölner Ziegeleiarbeiterstreiks.

Köln, 1. Juli (Eigener Drahtbericht). Der Ziegeleiarbeiterstreik in Köln hat eine Verschärfung erfahren. In einer gemeinsamen Vertrauensmänner Sitzung der Gewerkschaften wurde einstimmig beschlossen, den Streik auf sämtliche Ziegeleien im Kölner Bezirk auszuweiten. Alle Ziegeleien stehen still, auch die der Stadt Köln. Vor dem Schlichter fanden inzwischen Verhandlungen statt, die allerdings ergebnislos verliefen.

Demonstration gegen die Arbeitslosigkeit in Polen

Warschau, 1. Juli. (Til.) Gemäß einem Beschluß der sozialdemokratischen Gewerkschaften sollen in allen größeren Städten Polens zweistündige Manifestationsstreiks zum Zeichen des Protestes gegen die wachsende Arbeitslosigkeit veranstaltet werden. Diese Manifestationsstreiks haben in Krakau und Lemberg bereits stattgefunden. Wie verlautet, ist es während der Lemberger Demonstration zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen.

Die Arbeitslosigkeit in England.

London, 1. Juli. (Til.) Die Zahl der Arbeitslosen zeigt in der Woche eine weitere Zunahme um 90 330. Verglichen mit derselben Woche des Vorjahres ergibt sich eine Zunahme um 285 915. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen beträgt 1 299 700.

Wirtschaft

Kein Geld für Löhne — aber für Kapitalanlagen!

Wir erhalten folgende Zuschrift: Der Vorstand der Deutschen Arbeitgeberverbände hat kürzlich an den Finanzminister eine Eingabe gerichtet, in der es unter anderem heißt:

„Will das deutsche Volk seinen Lebensstandard erhalten und sich seiner Kultur entsprechend fortbilden, so kann dies nur ermöglicht werden, wenn die Ausfälle in unseren wirtschaftlichen Grundlagen wie in der Erzeugung und dem Absatz unserer Güter durch höchste Anspannung der Leistung, begleitet von sorgfältigster Kostulution in allen öffentlichen und privaten Haushaltungen bei größter Sparamkeit gedeckt werden. . . Die deutsche Lohnkurve entspricht in ihrem Ansteigen leider nicht der Wirtschaftskurve, die deutsche Lohnpolitik muß deshalb Bedacht darauf nehmen, den Anstieg an die Wirtschaftskurve nicht zu verlieren.“

Zu gleicher Zeit macht Herr Generaldirektor Piatschke die Öffentlichkeit mobil mit einem Appell an die Herren Finanz- und Arbeitsminister, die der Braunkohlenindustrie angelegten „Daumenschrauben“ locker zu lassen. Gerade die Braunkohlenindustrie aber sollte mit Ermunterungen zur Sparamkeit etwas zurückhalten. Beispielsweise hat die Braunkohlen- und Brikettindustrie A.-G., genannt „Bubiog“, vor 1918 etwa 10 000 Morgen Kohlenfelder und Abbaurechte besessen, diesen Besitz jedoch bis zum heutigen Tage, also in wenigen Jahren dermaßen vergrößert, daß sie heute das Abbaurecht an etwa 200 000 Morgen im Rhodatsgebiet und etwa 300 000 Morgen im Rutungsgebiet besitzt und hat mit ungeheuren Kosten diesen Riesenschatz abgebaut. Sie ist selbst jetzt noch unentwegt dabei, diesen Besitz weiter zu vergrößern, obwohl sie also nach menschlichem Ermessen 500 Jahre mit Kohlenfeldern versorgt sein dürfte!

Es mag sein, daß die Gesellschaften in der Inflation nicht wußten, wohin mit dem Gelde; auch drohte verschiedentlich ernsthaft der preussische Staat, dem Beispiel Sachsens zu folgen und das Abbaurecht im kurfürstlichen Mandatsgebiet zu verstaatlichen. Nachdem jedoch die Gesellschaften durch ihre richtige Regenaktion, d. h. Kohlenfelderkäufe, der Öffentlichkeit den Beweis für eine staunenswerte „Flüchtigkeit“ geliefert haben, ist ihre Ermunterung an Finanz- und Wirtschaftsminister, doch immerhin „Staatsbeamte und nicht ihre Funktionäre, zur Sparamkeit nicht ohne Humor. Wo blieb bei den Spekulationsgesellschaften der Gesellschaften auf Jahrhunderte die Sorge um den Lebensstandard ihrer Arbeiter und Angestellten? Um die Kultur des deutschen Volkes aber wollen sie sich denn doch nicht mehr zu bemühen vorgeben.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: Arthur Cateranus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Neulitton: Dr. John Schilowski; Solulus und Coilliers: Erik Karstädt; Auswärtige: Th. Glöde; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlin-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Metallbetstellen

Korbmöbel, Kinderwagen



Diskret Teilzahlung bei sofortiger Lieferung
BAIL
Gr. Frankfurt-Str. 47
gegenüber Markusstr.
Reparaturen an
ruten Alex. 3186

Marken-Zigaretten
kaufen Sie am billigsten
Berlin, Kaiser-Wilhelm-Str. 32 Trepp.
Versand nach auswärts franko.

Städtische Bauwert-Schule
Berlin
W. 35, Kurfürstenstraße 141 (Nag. 39)
Semesterbeginn: Freitag, den 9. Oktober 1925
Hoch- und Tiefbauabteilung
Anmeldungen täglich 8 bis 4 Uhr im Bureau.

SAISON-AUSVERKAUF

vom 1. bis 20. Juli zu rücksichtslos herabgesetzten Preisen!

Einige
Preisbeispiele
aus unserem Führer,
der an unseren Kassen verteilt wird
Prüfen Sie unsere Angebote, bevor Sie kaufen!

Blusen aus Voile oder Zephir, zum Ausschuchen	95 Pf.	Waschstoffe zum Ausschuchen. Serie IV 2,95, III 1,65, II 1,25, I	68 Pf.	Wischtücher 50x50, extra schwer	40 Pf.
Jumper, Kostüm-röcke zum Ausschuchen	1.95	Einsatzhemden vorzügliche schwere Qualität mit modernen Einsätzen	2.45	Herrensocken Damenstrümpfe	38 Pf.
Kleider aus Zephir, Mussoline oder Cheviot Serie III 3,95, Serie II 3,95, Serie I	3.95	Netzhemden weiß, zum Knöpfen, Größe 4-6	95 Pf.	Halbstores Etamin mit Einsätzen	1.95
Knabenanzüge Wert b. 25,90 Serie III 9,75, Serie II 7,75, Serie I	5.75	Oberhemden Sportheimden, je mit 1 streifen u. 1 weichen Kragen	6.95	Damenwäsche Serie IV 3,95, Ser. III u. II 2,95, Ser. I	1.95
Liseretformen und Nöte zum Ausschuchen	1.95	Binder moderne Formen, Serie III 1,75, Serie II 95, Serie I	48 Pf.	Damenhemden und Bekleider	95 Pf.

Witt. Fern. **Sesser, Schöneberg**
Kolonnenstr. 10/11 Ecke Sedanstr.
Das Haus der billigen und guten Qualitäten!

Hemdentuch 80 cm br. gut geschlossene Ware . . Meter **65** Pf.
Linon 80 cm breit, für Bett- und Leibwäsche, Meter **88** Pf.